



ZENTRUM

Deutsche Zentrumspartei

- Älteste Partei Deutschlands gegründet 1870 -

Haushaltsrede zum Kreishaushalt 2012

-Kreistagssitzung am 13. März 2012-

**Kreistagsabgeordneter
Gerhard Woitzik**

Straberger Weg 12
41542 Dormagen

Telefon: (0 21 33) 9 12 31
e-mail: gerhard.woitzik@zentrumspartei.eu
www.zentrum-dormagen.de

11.03.2012

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Damen und Herren,

in den vergangenen Jahren habe ich bei der Verabschiedung des Kreishaushaltes immer wieder Kritik daran geübt, dass der Rhein-Kreis Neuss die von seinen Städten und Gemeinden im Rahmen des gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahrens erhobenen Bedenken und Anregungen aus meiner Sicht nicht die gebotene Aufmerksamkeit geschenkt hätte.

Insbesondere hatte ich die recht oberflächliche Behandlung der jeweils schriftlich verfassten Eingaben der kreisangehörigen Kommunen in den Vorberatungen im Kreisfinanzausschuss beklagt und auf deren daraus resultierende Verärgerung hingewiesen.

Ich habe schließlich den Vorwurf erhoben, der Rhein-Kreis Neuss ginge diesbezüglich mit seinen Städten und Gemeinden nicht respektvoll genug um.

Vielleicht haben ja meine kritischen Anmerkungen dazu beigetragen, dass bei den diesjährigen Etatberatungen den Stellungnahmen der Kreiskommunen mehr Beachtung geschenkt wurde.

Die Zentrumspartei begrüßt es sehr, dass sich die Kreisverwaltung diesmal in ihrer Beratungsvorlage für den Finanzausschuss ausführlich mit der gemeinsamen Eingabe der kreisangehörigen Städte und Gemeinden befasst hat und damit nach unserer Auffassung dem Anspruch der Kommunen auf eine sorgfältige Prüfung ihrer Argumente gerecht geworden ist.

Was die Höhe der von den Kreiskommunen auch in diesem Jahr wieder angesprochene Kreisumlage betrifft, hätten wir uns allerdings eine noch höhere Reduzierung des Haushaltsansatzes gewünscht.

Dies wäre ein sichtbares Zeichen für ein solidarisches Verhalten des Kreises gegenüber den kreisangehörigen Städten und Gemeinden gewesen, die sich ausnahmslos in äußersten Finanznöten befinden.

Wir hatten gehofft, dass die FDP als Koalitionspartner der CDU, sich mit ihrer öffentlichen Ankündigung, sie wolle die Kreisumlage um 1,5 Prozentpunkte senken, um die Städte und Gemeinden im Kreis zu entlasten, durchsetzen würde.

Statt 1,5% mit einem Volumen von immerhin rund 8,2 Mio. Euro wurde letztlich im Kreisfinanzausschuss aber lediglich eine Senkung der Kreisumlage um 0,36 Punkte beschlossen, was einem Volumen von gerade mal 1,9 Mio. Euro entspricht.

Damit ist das Vorhaben der FDP weit hinter seinen Zielen zurückgeblieben. Das Ergebnis lässt sich mit einer alten Spruchweisheit am treffendsten charakterisieren: „Der Berg kreiste und gebar ein Mäuslein!“

In ihrer Stellungnahme zum Kreishaushaltsentwurf für 2012 hatten die Bürgermeister des Kreiskommunen eine Senkung der Kreisumlage um 1,02 Prozentpunkte gefordert, was einem Volumen von rund 5,6 Mio. Euro entspricht.

Schade also, dass sich der kleinere Koalitionspartner gegenüber der CDU mit seiner Forderung nicht durchsetzen konnte.

Ansonsten wären die Städte und Gemeinden des Kreises erstmals seit langer Zeit wieder mit der von ihnen erhobenen Forderung zufriedengestellt worden.

Dies hätte zweifelsohne das nach unserer Meinung inzwischen getrübe Verhältnis innerhalb der Kreisgemeinschaft wieder aufgeheilt.

Sehr geehrte Damen und Herren,
bereits bei der Verabschiedung des Kreishaushalts 2011 hatte ich für die Zentrumsparterie den von der Kreistagskoalition aus CDU und FDP als Erfolg propagierten Schuldenabbau einer kritischen Betrachtung unterzogen.

Ich hatte insbesondere darauf hingewiesen, dass sich der Schuldenstand kontinuierlich durch die zwangsläufig zu leistenden Tilgungsraten für die aufgenommenen Kredite vermindere, so dass der Schuldenabbau weder von der Politik noch von der Kreisverwaltung beeinflusst werden würde. Richtig sei vielmehr, dass ein echter Schuldenabbau nur dadurch zustande käme, dass keine neuen Kredite aufgenommen oder aber Sondertilgungen vorgenommen würden.

Dies ist aber beim Rhein-Kreis Neuss auch im Haushaltsjahr 2012 nicht der Fall.

Die Haushaltssatzung beziffert vielmehr die Kredite für Investitionen auf 2.450.000,-- Euro und über Sondertilgungen wird kein Wort verloren.

Damit kann also von einem durch die Politik beeinflussten Schuldenabbau in 2012 überhaupt nicht die Rede sein. Die neuen Kredite konterkarieren vielmehr den Schuldenstand des Rhein-Kreises Neuss in nicht unerheblichem Umfange.

Ein Verzicht auf Kredite wäre nur durch Ausgabeverminderungen oder aber durch Einnahmeverbesserungen möglich.

Zur Erreichung dieses Zieles sollten deshalb in nächster Zeit insbesondere die Ausgaben des Kreises erneut auf den Prüfstand gestellt werden.

Sehr geehrte Damen und Herren,
mit Blick auf eine Kostenreduzierung wurde unlängst in der Öffentlichkeit über eine zentrale Musikschule für den gesamten Rhein-Kreis Neuss diskutiert. Dieser Vorschlag ist verständlicherweise aber auf wenig Gegenliebe gestoßen. Auch die Zentrumsparterie kann sich mit einer solchen Idee nicht anfreunden.

Gerade eine Musikschule für Kinder und Jugendliche bedarf nach unseren Erfahrungen einer besonderen örtlichen Nähe.

Ein einziger Standort im Rhein-Kreis Neuss würde einerseits vielleicht die Gesamtkosten mit Blick auf die jetzt bestehenden Einrichtungen vermindern; andererseits bestünde jedoch die große Gefahr, dass dadurch eintretende Erschwernisse infolge längerer Anfahrzeiten der Schülerinnen und Schüler und entstehender zusätzlicher Fahrkosten die Attraktivität zum Besuch einer solchen Einrichtung deutlich beeinträchtigen würden.

Ein solches Vorhaben dürfte nach Auffassung der Zentrumspartei von vorneherein zum Scheitern verurteilt sein.

Es wäre nicht verantwortbar, wenn die für die charakterliche Prägung der Kinder und Jugendlichen so äußerst wichtige musische Erziehung auch nur im Ansatz auf irgendeine Art und Weise beschädigt würde.

Nach Meinung der Zentrumspartei gibt es eine Reihe anderer Rationalisierungsmöglichkeiten, die keinen substantziellen Schaden zur Folge hätten.

So müsste beispielsweise überprüft werden, ob es nicht sinnvoll wäre, alle kommunalen Bauhöfe im Rhein-Kreis Neuss in einer zentralen Einrichtung des Kreises zu verschmelzen. Die Zentrumspartei ist fest davon überzeugt, dass sich gerade in diesem Bereich ungeahnte Einsparpotentiale verbergen.

Die Fuhrparks der einzelnen Städte und Gemeinden sind mit einer Vielzahl von Fahrzeugen, Maschinen und Geräten bestückt, deren Wirtschaftlichkeit und Effizienz mit Sicherheit in einer zentral gesteuerten Einrichtung ganz erheblich gesteigert werden könnte.

Vielleicht gibt es ja schon in einem anderen Landkreis eine solche Zentralisierung.

Die Zentrumspartei wird jedenfalls in Kürze im Kreisfinanzausschuss einen Antrag einbringen mit dem Ziel, der Kreisverwaltung einen diesbezüglichen Prüfauftrag zu erteilen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
in künftigen Überlegungen, welche Aufgaben sinnvoller beim Rhein-Kreis Neuss gebündelt werden könnten, darf es aber auch kein Tabu geben, ein Augenmerk darauf zu richten, ob es nicht gleichermaßen eine sinnvolle Aufgabenverlagerung in Richtung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden gibt.

Dabei sollte aber nicht allein der wirtschaftliche Aspekt im Vordergrund stehen, sondern vielmehr auch die Leistungsverbesserung für unsere Bürgerinnen und Bürger in Betracht gezogen werden.

Hier denken wir daran, den Bürgerinnen und Bürgern die Erledigung ihrer Anliegen statt bei der Kreisverwaltung in ihren Dienststellen in Grevenbroich oder Neuss in den Bürgerbüros ihrer Rathäuser zu ermöglichen.

Dies wäre nicht nur ein großer Schritt in Richtung von mehr Bürgernähe, sondern auch eine spürbare Entlastung der Bürgerschaft bei ihrem Zeit- und Kostenaufwand bei den Erledigungen ihrer Anliegen bei der Kreisverwaltung, ganz abgesehen von der Entlastung der Umwelt durch Verminderung von Lärm und Abgasen bei den Kraftfahrzeugen.

Aufgrund des heutigen hohen Standards bei den technischen Geräten und deren Vernetzungsgrades dürften dem Rhein-Kreis Neuss wohl unterm Strich kaum Mehrkosten für eine solche Leistungsverbesserung zugunsten der Bürgerinnen und Bürger entstehen.

Leider hat man bei der Politik und der Verwaltung vor nicht allzu langer Zeit einem diesbezüglichen Vorstoß der Zentrumspartei die kalte Schulter gezeigt.

Dennoch hoffen wir, dass im Rahmen der nun für die nahe Zukunft anstehenden Beratungen über eine wirtschaftlichere Aufgabenerledigung unsere Anregung noch einmal auf den Prüfstand gestellt wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Meine heutigen Ausführungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Wertung des Umgangs von Politik und Verwaltung beim Rhein-Kreis Neuss mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie auf Überlegungen und Vorschläge, die der Verbesserung künftiger Haushaltspläne des Kreises dienen sollen.

Die von mir kritisch beleuchtete Festsetzung der Höhe der Kreisumlage und der Schuldenabbau betreffen jedoch das substanzielle Zahlenwerk des Kreishaushalts, allerdings –gemessen am Gesamtvolumen des Haushalts 2012 von rund 380 Mio. Euro- ein nur geringfügiger Betrag.

Deshalb fällt es mir wie in den vergangenen Jahren auch diesmal nicht schwer, dem Kreishaushalt 2012 im Namen der Zentrumspartei zuzustimmen.

Ich halte es nicht für gerechtfertigt, dass eine politische Partei den Haushalt einer Gebietskörperschaft allein wegen ihrer Zuordnung zur Opposition grundsätzlich ablehnen müsse.

Ich bin vielmehr der Meinung, dass gerade bei einer so wichtigen Entscheidung wie der jährlichen Verabschiedung der Haushaltssatzung, allein sachliche Gesichtspunkte ausschlaggebend sein sollten.

Trotz dieser umfassenden Begründung meines Abstimmungsverhaltens, hoffe ich, dass mir auch diesmal der „Lacherfolg“ aus den Reihen der anderen Oppositionsparteien nicht versagt bleiben wird.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.